

Antrag der Fraktionen BSW, CDU und SPD, "Umgang mit kampfmittelbelasteten Waldflächen im Freistaat Sachsen - risikobasiertes Vorgehen stärken, Einsatzfähigkeit sichern, Schutz der Einsatzkräfte verbessern", 12.05.2026

Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

ich kann mich noch gut an den Waldbrand im Naturschutzgebiet Gohrischheide im vergangenen Jahr erinnern, an die ersten Meldungen über Brandherde in dem Naturschutzgebiet, die sich in den nächsten Tagen auf eine Fläche von bis zu 2400 Hektar Wald- und Heidegebiet ausbreiteten, an die Feststellung des Großschadensereignisses am 2. Juli und die am Tag darauf folgende Ausrufung des Katastrophenalarms in den Gemeinden Zeithain, Röderau und Gröditz, an den engagierten Einsatz von über 1700 Einsatzkräften von Feuerwehr, Landes- und Bundespolizei, dem Technischen Hilfswerk, den Rettungsdiensten, der Bundeswehr wie auch zahlreichen weiteren privaten und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die unter Gefährdung ihrer eigenen Gesundheit an der Bekämpfung des Waldbrands zu Land und aus der Luft mitwirkten und denen unser großer Dank auch heute noch gilt.

Und ich weiß noch genau, wie erleichtert ich war, als am 9. Juli die Brandherde unter Kontrolle gebracht und der Katastrophenalarm aufgehoben werden konnte. Bei diesem Einsatz wurden drei Feuerwehrkameradinnen und Kameraden verletzt. Es ist aber ein großer Glücksfall, dass der Großbrand trotz aller entstandenen Schäden kein einziges Menschenleben gefordert hat.

Meine Damen und Herren, der Brand in der Gohrischheide und die engagierte und herausfordernde Brandbekämpfung durch die Haupt- und Ehrenamtlichen zeigen zugleich aber auch, welche besonderen Gefahren von Waldbränden ausgehen, die in munitionsbelasteten Gebieten wüten. Die Munitionsreste, deren Herkunft bis in die Weltkriege des 20. Jahrhunderts, ja teils bis ins Kaiserreich reicht, stellen dabei nicht nur aufgrund der Umsetzungsgefahren im Brandfall, sondern auch im Zuge anhaltender Dürren und einer Selbstentzündungsgefahr – insbesondere chemischer Zünder – ein besonderes Risiko dar.

Diese Risiken lassen auch die Einsätze zur Brandbekämpfung ungemein gefährlicher werden, wir hörten es bereits, und erfordern deshalb besondere Taktiken, Ausrüstung und ein darauf abgestimmtes Vorgehen der Einsatzkräfte. Als Politik ist es unsere Aufgabe, die Arbeit der Einsatzkräfte bestmöglich abzusichern, der Einsatzleitung alle notwendigen Informationen und Hilfsmittel bereitzustellen, die für ein erfolgreiches Vorgehen benötigt werden.

Als zweite Grundfrage stand im Raum, ob diese belasteten Flächen von der Altmunition überhaupt beräumt werden können und unter welchen Umständen. Ich danke deshalb der BSW-Fraktion, dass sie das Thema mit einem ursprünglichen Antrag in die Debatte

eingebraucht hat. Die Anhörung dazu im Januar im Innenausschuss hat gezeigt, dass die grundsätzlichen Strukturen und Abläufe in Sachsen – auch im Vergleich zu anderen ostdeutschen Bundesländern – bereits gut funktionieren. Wir können auf erfahrene Feuerwehren zurückgreifen, insbesondere auch inzwischen auf die Waldbrandbekämpfungseinheiten. Es gibt ein funktionierendes System der Verantwortlichkeiten und Kostentragung zur Munitionsberäumung zwischen Bund und Ländern. Unser Kampfmittelbeseitigungsdienst ist hochkompetent und effektiv bei einer sicheren Munitionsberäumung und -beseitigung.

Zur Frage einer vollständigen Beräumung der munitionsbelasteten Flächen waren die Sachverständigen skeptisch – schon mit Blick auf die praktische Machbarkeit und die Belastung für Natur und Umwelt, aber auch hinsichtlich der dadurch entstehenden exorbitanten Kosten. Außerdem könnte danach trotzdem niemand das Gebiet offiziell für vollständig munitionsbefreit erklären.

Die Anhörung zeigte aber dennoch punktuelle Verbesserungsmöglichkeiten, und diese haben die Fraktionen von BSW, CDU und SPD in diesen gemeinsamen Antrag gepackt. So wollen wir ein risikobasiertes Maßnahmenkonzept für den Umgang mit kampfmittelbelasteten Waldflächen schaffen. Die vorhandene Einsatztechnik der örtlichen Feuerwehren, insbesondere auch der Waldbrandlöschzüge, soll systematisch und bedarfsorientiert geprüft werden. Deshalb lehnen wir auch – um das schon mal vorwegzunehmen – den Änderungsantrag der AfD ab, die per Landtagsbeschluss ein ganz bestimmtes Löschfahrzeug kaufen möchte. Wir wollen, dass die Exekutive den Bedarf im Rahmen ihrer Zuständigkeit überprüft und dann die benötigte Technik beschafft; so herum ist es auch von der Gewaltenteilung her besser.

Das Kampfmittelkataster, welches weiterentwickelt werden soll, soll dazu dienen, für Einsatzkräfte während eines Einsatzes alle relevanten Informationen bereitzustellen.

Der Sachsenforst wurde auch schon angesprochen. Aktuell ist es finanziell möglich, dass der Sachsenforst in unserem sächsischen Wald Schneisen schlagen und von Altmunition beräumen kann, wenn es wirtschaftlich gerade gut läuft. Wir wollen das sozusagen entkoppeln von Holzpreisen und der Einnahmesituation, damit wir auch langfristig unserer Eigentümerverantwortung im Staatswald nachkommen können. Dafür müssen wir Wege finden, wie die Finanzierung auf nachhaltige Beine gestellt werden kann.

Schließlich wollen wir die Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten verbessern, Zuständigkeiten bündeln und streben deshalb eine ressort- und ebenenübergreifende Koordinierungsstruktur an – etwas, das im Übrigen der Vertreter des Kampfmittelbeseitigungsdienstes im Rahmen der Anhörung besonders hervorgehoben hat und sehr begrüßen würde.

Meine Damen und Herren, als SPD wollen wir, dass die Sicherheit und Handlungsfähigkeit der Einsatzkräfte in brenzligen Einsatzlagen, wie wir sie in der Gohrischheide erlebt haben, nachhaltig verbessert wird und dass die sich stellenden Risiken minimiert werden. Mit dem vorliegenden Antrag stärken wir auch die Fähigkeiten für die Munitionsberäumung und -beseitigung in Sachsen. Wenn Sie das auch wollen, dann stimmen Sie bitte diesem Antrag zu. Vielen Dank.